Haushaltsrede der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Es gilt das gesprochene Wort -

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Häußler, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

Haushaltsreden zu halten, ist in diesen Zeiten kein angenehmer Anlass. Denn statt durch Politik in der Kommune gestaltend zu wirken, kann man eigentlich nur den Mangel verwalten.

Zu Beginn meiner Haushaltsrede möchte ich mich auf die Einbringung eines Haushaltes einer anderen Stadt beziehen. Warum?

Erstens ist diese Stadt mit Halle von der Bevölkerungsdichte vergleichbar und zweitens ist dieser Haushalt schon seit Januar verabschiedet und genehmigt, drittens erinnerten mich die Zeilen zur Haushaltseinbringung an bessere Zeiten der Stadt Halle. So kam mir der Gedanke: „Hoffentlich machen die nicht mal die selben Fehler“.

Denn der Stadtrat wie die Stadtverwaltung haben es seit Jahren versäumt, für unsere Stadt zu sorgen. Ein Haushaltskonsolidierungskonzept, das sich in einem positiven Zahlenwerk ausdrückt, liegt bis heute nicht vor.

Deshalb möchte ich folgendes Zitat vortragen „... **Unsere Vermögensreserven haben wir zwischenzeitlich aufgebraucht. Unsere finanzielle Lage lässt uns immer weniger Spielraum. Die Ausgaben müssen daher sorgfältig geplant und überwacht werden. Kostenüberschreitungen können wir uns nicht erlauben. Den Störfaktoren aus den strukturellen Veränderungen können wir nur durch innere Strukturanpassung begegnen. Wir müssen dieses Jahr mit dem Prozess der Umstrukturierung beginnen und diese muss in den folgenden Jahren konsequent fortgesetzt werden.**“

Auch wir, meine Damen und Herren, haben eine angespannte Haushaltslage, aber man kann nicht ausschließlich davon ausgehen, dass die Finanzkrise nur fremdbestimmt wäre. Deshalb werde ich auf die fremdbestimmten Gründe gar nicht eingehen, die kennen wir alle gut genug. Auch wissen wir alle, dass wir das strukturelle Defizit nur verringern können, wenn Bund und Land Gesetze schaffen, die die Kommunen entlasten. So hat das Land das KiFöG erlassen, das eine Haushaltsentlastung von 6 Mio. Euro erbracht hat, und der Bund hat die HARTZ-IV-Gesetze erlassen, die eine Haushaltsentlastung von ca. 28 Mio. Euro erbracht haben.

Aber **weder** Stadtverwaltung noch Stadtrat sind von der Verantwortung entbunden, wenn es um selbst verschuldete Haushaltslöcher geht. Die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre haben nicht zur Verminderung des strukturellen Finanzdilemmas geführt.

Hier stellt sich die Frage nach dem „Warum“.

Denn trotz des Wibera-Gutachtens und dem nachfolgenden Roland-Berger-Konzept hat die Stadtverwaltung es nicht in allen Punkten vermocht, den Haushalt zu konsolidieren. Eine der Einsparungen, die von der Verwaltung umgesetzt wurden und werden, liegt im personellen Bereich immerhin mit 5,8 Mio. Euro sowie im beginnenden konzeptionellen Bereich.

Aber was nutzen all diese Bemühungen wenn

1. Fachkonzepte nur schleppend bzw. nicht umgesetzt werden, wenn
2. im Laufe des Haushaltsjahres der Stadtrat sich mit überplanmäßigen Ausgaben beschäftigen muss und
3. der Stadtrat sich mit Fehlentscheidungen im personellen Bereich, hier möchte ich auf die Neubesetzung im ZGM und auf die kommende Besetzung der Betriebsleitung des neugegründeten Eigenbetriebes Kita hinweisen, konfrontieren lassen muss und
4. Stellungnahmen des Rechnungsprüfungsamtes weder beachtet noch umgesetzt werden?

Alles Ausgaben, die hausgemacht und nicht fremdbestimmt sind.

Wir stehen vor einem Haushaltsloch in Höhe von ca. 350 Millionen Euro, die innerhalb von 4 Jahren die jeweiligen Haushaltsplanungen begleiteten. 9 Mio. Euro Aufwuchs allein in diesem Haushaltsentwurf, zu denen es offensichtlich keine Erklärung gibt.

Herr Berger hat in seinem damaligen Gutachten zwei Hauptursachen für das strukturelle Finanzdilemmata der Stadt Halle dargelegt.

Erstens: die Einnahmekraft sei zu gering und

zweitens: die konsumtive Haushaltsbindung sei zu hoch.

Obwohl durch die Zweitwohnsteuer der kontinuierliche Einwohnerrückgang etwas gestoppt werden konnte und die Ansiedlung eines Vertriebs- und Servicezentrums für öffentliche Auftraggeber, kleine und mittlere Unternehmen des US-Computerunternehmens Dell gelungen ist, wird das wohl nichts an der Tatsache ändern, dass die Stadt Halle die Einnahmen nicht so steigern wird, um das strukturelle Ungleichgewicht des Haushaltes auszugleichen.

Der zu hohe Personalbestand wurde uns durch die Errichtung der ARGE und die Einbindung des städtischen Personals in **diese** durch die Bundesgesetzgebung teilweise abgenommen, ergo **keine** hausgemachte Haushaltskonsolidierung. Die Verkehrsbetriebe haben nach meiner Information ca. 16. Mio. Euro durch Lohnverzicht u. ä. in den letzten Jahren eingespart, und die steigenden Soziallasten sind erst einmal von uns genommen, weil der Bund die HARTZ-IV-Gesetze erlassen hat. Damit dürfte die konsumtive Haushaltsbindung um Einiges geschrumpft sein und trotzdem bekommen wir einen Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 vorgelegt, der eine Einnahme im Verwaltungshaushalt von ca. 443 Millionen Euro sowie eine Ausgabe von ca. 679 Millionen Euro vorsieht. Der geplante Fehlbedarf für das Jahr 2005 beträgt allein hier schon 55 Millionen Euro.

Der Vermögenshaushalt wird im Ein- und Ausgabenbereich mit ca. 141 Millionen Euro festgesetzt.

Wir leben eindeutig über unsere Verhältnisse. Wer wird diese Schulden einmal abtragen müssen?

Meine Damen und Herren Stadträte, ein Grundsatz zur Bewirtschaftung der Ausgaben sagt Folgendes: Die im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel müssen so verwaltet werden, dass sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die einzelnen Zweckbestimmungen fallen. Sie dürfen erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die Aufgabenerfüllung es erfordert. Dabei sind die Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu beachten.

Meine Damen und Herren Stadträte,

betrachtet man die Entwicklung der Fehlbeträge der letzten vier Jahre, so muss man feststellen, dass die Einnahmen- und Ausgabensituation in keinem Verhältnis mehr stehen. Nimmt man diverse Städtevergleiche zur Hand, gelangt man schnell zu der Erkenntnis dass die Haushaltspolitik der Stadt Halle in wesentlichen Kriterien verfehlt ist.

Was machen diese Städte anders als wir? Sie halten sich an diese Grundsätze. Trotz gleicher Bedingungen sind andere Städte offensichtlich in ihrem Ausgabeverhalten rücksichtsvoller als die Stadtverwaltung der Stadt Halle. Das sollte uns doch zu denken geben. Indes setzen wir alles daran, in den Bereichen Jugend, Kultur, Kinder, Sport immer mehr an den freiwilligen Aufgaben zu sparen. Hier meine ich vor allem die Projekte, die durch ein hohes Engagement von unseren Bürgern und Bürgerinnen der Stadt und Projekte, die sich im präventiven Bereich bewegen.

Meinens Erachtens, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Häußler, gehören die nicht auf den Prüfstand, sondern eher diese Ausgaben, die uns Jahr um Jahr in der Haushaltsplanung zu schaffen machen, hier nenne ich vor allem die zusätzlichen Ausgaben im Kulturbereich.

Wenn die Oper trotz Aufforderung durch die zuständigen Gremien,

erstens: ihren haushaltskonsolidierenden Beitrag nicht erbringt,

zweitens: jedes Jahr 500.000 Euro mehr benötigt als sie ausgeben darf,

drittens: belohnt wird in der Förderung der Theaterzuschüsse durch die Stadt und
viertens: der zuständige Dezernent nicht in der Lage ist, dem Stadtrat ein Fachkonzept für die Oper vorzulegen, obwohl schon längere Zeit ein Gutachten vorliegt, das eine kurzfristige Realisierung von Konsolidierungsbeiträgen in Höhe von 640.000 Euro in der Gesamtheit und einen kurzfristigen Realisierungsbeitrag von einer Mio. Euro der Stadtverwaltung vorsieht.

Dann meine ich, gehören genau diese Dinge auf den Prüfstand.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch in diesem Jahr wie in anderen Jahren zuvor wurden die Stadträte mit etlichen Veränderungen zwischen Einbringung des Haushaltsentwurfes und Verabschiedung durch die Stadtverwaltung konfrontiert. So wurde dem Stadtrat im Dezember letzten Jahres ein Haushaltsplanentwurf vorgelegt, der – sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin – schon in der Dezembersitzung mit dem Beschluss zur Gründung der ARGE in seiner Gültigkeit in Frage gestellt wurde.

Eine offene Diskussion über die Vorhaben der Stadt sowie deren Chance der finanziellen Umsetzung und Nachhaltigkeit wäre mehr als angebracht gewesen. Stattgefunden hat sie wenn, nur im Ansatz.

Stattdessen gab die Stadtverwaltung noch schnell Mittel aus, die ihr eigentlich nicht zur Verfügung standen. Zu nennen wären hier zum Beispiel die „Umsetzung von Haushaltsmitteln 2004, Verwendung der noch verfügbaren Haushaltsmittel, die aus den Olympiamitteln 2012 im Haushalt 2004 für Maßnahmen im Sportbereich zur Verfügung stehen“

Erstens: standen diese Mittel nicht wirklich zur Verfügung und
zweitens: haben wir schon bei der Beschlussfassung zur anteiligen Finanzierung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2012 im Jahre 2003 bewusst gegen die Grundsätze zur Bewirtschaftung von Ausgaben verstoßen. Auch diese Mittel standen dem Verwaltungshaushalt nicht zur Verfügung. Auch hier haben vergleichbare Städte anders gehandelt als die Stadt Halle.

Im FB Kinder, Jugend und Familie hat die Stadtverwaltung, mal abgesehen von den überplanmäßigen Ausgaben, mal einfach locker 190.000 Euro innerhalb der letzten drei Monate ausgegeben. Einerseits wurden zwei Kita´s saniert, die im August des Jahres geschlossen werden und wo das Personal in der Stadtverwaltung verbleibt, und andererseits wurden die städtischen Kindergärtnerinnen mit Stühlen ausgestattet, die – wie man so liest – in Abstellräumen ihre Zukunft gefunden haben.

Laut Rechnungsprüfungsamt werden seit Jahren Außenstände angemahnt.

Um ein Beispiel zu nennen: die Außenstände allein im Unterhaltsvorschussgesetz belaufen sich auf ca. 11,44 Mio. Euro, die nicht nur auf zahlungsunwillige Väter oder Mütter zurückzuführen sind,

nein, meine Damen und Herren,

auf eine unzureichende Aktenbearbeitung durch die Stadtverwaltung für den Zeitraum 1992 –1999.

Schon im Jahr 2002 wurde im Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes eine “ordnungsgemäße Aufarbeitung der Altakten“ und deren Abschluss gefordert.

Wer kontrolliert eigentlich die Umsetzung solcher Forderung, die auch zur Minderung des eigenen verschuldeten Haushaltsdefizits, so wie ich meine, in beträchtlicher Höhe beitragen würde? Ist das nicht Ihre Aufgabe, Frau Oberbürgermeisterin Häußler?

In Zukunft sollte auch der Stadtrat seine Kontrollfunktion ernster nehmen. Dies gilt nicht nur für diesen Fachbereich.

Außerdem werden Projekte weiter verfolgt, wo man sich fragt, welchen Sinn sie noch in Zukunft haben werden. So wird nach wie vor am Projekt Phänomena festgehalten. Das Ausschreibungsverfahren des Freizeit- und Sportzentrums verzögert sich, auch hier haben wir mehr Geld ausgegeben als im Stadtrat beschlossen. Vom Stand der Müllverbrennungsanlage hat man auch nichts mehr gehört und wir sind schon gespannt, wie sich dort die Kosten entwickelt werden. Die private Ausgestaltung des größten Volksfestes der Stadt Halle kostet auch mehr als jemals zuvor, ohne dass das Fest an Qualität gewonnen hat. Im Gegenteil, wo man früher an der Saale sitzen konnte und dem Treiben auf der Saale zuschauen konnte, stehen heute Stände, an denen man Ramschartikel erwerben kann. Der beliebte Mittelaltermarkt wurde ganz von der Peißnitz verbannt und kostet zudem noch Eintritt.

Nun könnte man sich auch hier fragen: warum? Was für Verträge schließt die Stadtverwaltung ab, wenn am Ende trotz erhöhter Standgebühren und Eintritte die Rechnung durch die Stadt und nicht durch den Betreiber beglichen wird? Wo findet hier Controlling statt? Immerhin haben wir beträchtliche Mittel in den letzten Jahren zur Verfügung gehabt? Ebenfalls in die Kontrolle hätte die Bauüberwachung der Berliner Brücke gehört. Die kostet uns zusätzlich ca. 8,1 Mio. EURO mehr als geplant und, meine Damen und Herren, die Mehrbelastung haben wir zuerst in der MZ gelesen und erst auf Anfrage wurden die Kosten in den zuständigen Ausschüssen vorgestellt. Diese müssen in den nächsten Jahren in den Vermögenshaushalt eingestellt werden. In der letzten Wahlperiode wurde durch Anfragen und Anträge versucht, diese Entwicklung zu stoppen. Damals wurden wir belächelt und die Analyse des Mehrkostenaufwandes als Blödsinn hingestellt.

Hier stelle ich die Frage: Hat sich diese Investition gelohnt oder hätte sich die Stadtverwaltung doch mal die Mühe machen sollen, die Kosten für die Sanierung der alten Brücke aufzustellen? Die haben wir nämlich nie bekommen. Und außerdem frage ich: Wie viele Jahre haben wir uns mit dieser Investition gebunden und werden uns durch jährlich Wartungskosten weiterhin binden? Vorgelegt wurden diese dem Stadtrat trotz Anfrage bisher nie.

In der Hoffnung, dass der Haushalt genehmigt wird, schlägt uns die Stadtverwaltung ein durch die BMA eingereichtes Papier zum Ausgleich der Alt- und Neudefizite des Verwaltungshaushaltes vor.

Die Fraktionen haben sich ebenfalls Gedanken gemacht, wie vor allem die Altdefizite beglichen werden können, damit das Landesverwaltungsamt die Genehmigung des Haushaltes nicht verwehrt.

Einerseits wird sich die Stadt Halle von Aufgaben trennen, die sie nicht unbedingt bewältigen muss und die in Händen von freien Trägern genauso gut geleistet werden können, andererseits wird es sehr schmerzliche Einschnitte für die Stadt Halle geben, die nicht unbedingt zu ihrem Nutzen sind. Auf diese schmerzlichen Einschnitte werden wir uns einstellen müssen und wir könnten auch damit leben, wenn durch diese Maßnahmen die Altdefizite getilgt und Neuschulden nicht wieder aufgehäuft werden und die Stadtverwaltung sowie der Stadtrat den Grundsatz zur Bewirtschaftung der Ausgaben einhalten würden. Denn bevor wir den Haushalt verabschiedet haben, liegt uns eine Vorlage der Stadtverwaltung vor, in der vorgesehen ist, eine Ausgabe von 767.000 Euro für die Jahre 2007/2008 einzuplanen. Wir haben den Glauben daran verloren.

Um nicht mehr nur den Mangel zu verwalten, müsste man die Grundschild tilgen, um dann nach und nach zur Tilgung der Kassenkredite zu kommen. Wir lösen mit den erwarteten Summen aber zuerst die Kassenkredite, um uns dann der eigentlichen Gesamtschuld zuzuwenden. Warum wählt man diesen Schritt?

Wir haben in der beginnenden Wahlperiode mit Anträgen versucht, zur Haushaltskonsolidierung beizutragen. Leider sahen die Mehrheit des Stadtrates sowie die Stadtverwaltung keinen Handlungsbedarf.

Wir lehnen aus den oben genannten Gründen den Haushalt 2005 ab, werden allerdings auch in Zukunft zur Haushaltskonsolidierung durch eigene Initiativen beitragen. Darüber hinaus werden wir weiterhin konstruktiv an einem Haushaltskonzept mitarbeiten, das Nachhaltigkeit garantiert und Gestaltung wieder möglich macht.

Wir möchten uns ausdrücklich bei Frau Beßler, Frau Müller, Frau Riese und Frau Waldt für ihre Arbeit bedanken.

Außerdem möchten wir uns bei dem FB Rechnungsprüfung bedanken. Wir werden in Zukunft ihre Berichte ernster nehmen.

Sie alle haben oft zur Aufklärung von Unsicherheiten beigetragen, soweit dies in ihrer Macht lag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“